

Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Nr. 18.

für Anhalt und Thüringer.

Jahrgang 199.

Bezugspreis f. d. Bogen 2.50 M., durch d. Post bezogen 3 M. f. d. Vierteljahr. Postgebühren f. d. Bogen 20 Pf. Die Gall. Jg. erscheint wöchentlich zwölf Mal. — Druck- & Verlagsanstalt: Sächs. Anhalt. Verlagsanstalt (Sonnentag), Landw. Mittelweg.

Zweite Ausgabe

Abdruckgebühren f. d. festschaltene Belegblätter od. deren Raum f. Gall. u. den Grenzteil 20 Pf., außerdem 20 Pf. Belegbl. am Schluss des redaktionellen Teils die zweite 100 Pf. Einzelne Annahme d. d. Anzeigen in Gall. a. u. bei allen bekannten Annoncen-Expeditoren.

Geschäftsstelle in Halle a./S., Leipzigerstr. 87, Hinterhaus. Telefon 158; Redaktion Telefon 1272. Eing. G. Braunhauser. Schriftleitung: Dr. Walter Gedenken in Halle a. S.

Freitag, 12. Januar 1906.

Geschäftsstelle in Berlin Dessauer-Platz 11. Telefon-Fax Via Nr. 11 494. Druck und Verlag von Otto Ziehe in Halle a. S.

Deutsches Reich.

Halle a. S., 12. Januar.

Zur Marokkofonferenz.

Der Pariser „Matin“ veröffentlicht eine Unterredung seines Spezialkorrespondenten mit dem Herzog von Amboise. Bei dieser Gelegenheit soll der Herzog gesagt haben, man gehe mit der festen Hoffnung zur Konferenz, daß dieselbe ein erfreuliches Ergebnis haben werde, und mit der festen Überzeugung, alle Interessen miteinander in Einklang zu bringen. Weiter sagte der Herzog:

Die demnächstigen Verhandlungen werden fängt über den Ausgang und die möglichen Folgen der Konferenz in Laufsat waren, sich zunächst zu äußern. Wir gehen uns keinerlei Illusionen hin, aber wir sind überzeugt, daß die Konferenz der Spannung der letzten Zeit ein Ende machen und daß sie Marokko im Laufe der Zeit Wohlbringer bringen und die Interessen aller beteiligten Länder schützen wird.

Edmund sprach der Herzog von Amboise den Wunsch aus, daß ein Teil der Presse inbezug auf die Marokko-Angelegenheit überhaupt etwas herzlicher werden möge. Die Presse könne dadurch der Konferenz viel nützen, dagegen durch heftige Erörterungen unangehörigen Schaden anrichten.

* Graf Tattenbach wurde Donnerstag vormittag zum Prinzregenten von Bayern in München empfangen und nachmittags zur Tafel gezoogen.

Zur englisch-deutschen Annäherung.

wird uns aus London, 11. Januar, gemeldet: Die englischen Zeitungen werden morgen zwei interessante Briefe veröffentlichen, welche die englisch-deutsche Annäherung fördern sollen. Der erste trägt die Unterschrift von Lord der herzoglichen britischen Vertreter der Wissenschaft, Kunst, Literatur und der geistlichen Berufsvereine und wendet sich an das hochachtbare Verantwortlichkeitsgefühl der englischen Presse, um der wachsenden Freundschaft von England zu begegnen, welche Deutschland überweltliche Pläne gegen England zuweilen. In dem Briefe wird erklärt, daß in Deutschland jetzt keine Verwirrung gegen England existiere, es sei denn die, welche gelegentlich durch falsche Darstellungen hervorgerufen wurde. Die Unterredungen glauben, daß die Vollständigkeit europäischer Kultur in der Zukunft zum großen Teil von den Beziehungen zwischen England und Deutschland abhängen wird und wenden sich an die englischen Männer der Wissenschaft, die die Künste und Tugenden, ebenso wie an die Presse, diesem Boreurteil entgegenzutreten, welches ohne Verantwortung gegen Verächtigung der deutschen Politik verdränglich.

Der zweite Brief ist von 41 maßgebenden Vertretern der englischen Gesellschaftsklassen unterzeichnet und an alle gerichtet, welche ohne Vorbehalt und mit herzlicher Freude alle Versicherungen ihrer deutschen Kollegen aufnehmen. Sie bitten, ihnen zu glauben, daß sie nicht weniger unangenehm durch die freigelegte Haltung einiger englischer Zeitungen berührt worden seien als sie selbst. Der Brief erwähnt die jüngsten Zeichen der englischen Zurückziehung gegen Deutschland auf dem Gebiet der Literatur, der Wissenschaft und der Kunst und schließt, ein englisch-deutscher Krieg würde ein Unglück für die Welt sein. Die Verantwortlichkeit, mit welcher gewisse Journalisten gelegentlich eine solche Möglichkeit erörterten, sei ein Maßstab für ihre große Unkenntnis der reichlichen Geschichte der englischen Nation.

* Von Sr. Maj. dem Kaiser. Zur Abendtafel beim Kaiser am Mittwoch war Prof. Schiemann geladen. Donnerstag vormittag hörte der Kaiser von 11 Uhr ab die Vorträge des Chefs des Generalstabes der Armee und des Chefs des Militärkabinetts.

* Der Kaiser und die chinesische Frage. Der Pariser Korrespondent der „Times“ hat den Versuch unternommen, das angebliche Zeugnis eines Verstorbenen gegen Sr. Majestät den Kaiser und gegen den Reichsfürst Fürsten v. Bülow auszuföhnen. Er will nämlich Kenntnis von Aeußerungen des einflussreichen Reichsfürstlichen Fürsten v. Hohenlohe haben, nach denen ein Gegenfall zwischen dem Kaiser und seinem damaligen ersten Berater bei der Belegung von Kronthron befanden habe. Die „Times“ schrieben dabei dem verstorbenen Fürsten Mitteilungen über Erhebungspläne des Kaisers unter, die sich ohne weiteres als Erfindungen bezeichnen lassen. Wie sich aus den Akten ergibt und auch sonst in maßgebender Weise besetzt ist, hat gerade in der Behandlung der chinesischen Frage zwischen dem Kaiser und dem Fürsten v. Hohenlohe rüchthallige Einmütigkeit bestanden. Obenstehende Glaubwürdigkeit darf der „Times“-Korrespondent für die Bemerkungen beanspruchen, die er dem Fürsten v. Hohenlohe über seinen Nachfolger in den Mund legt.

* Dem verstorbenen Staatsminister von Thielens widmet der „Staatsanzeiger“ einen Nachruf, worin es heißt:

„Die Ministerlaufbahn des Ministers von Thielens ist ausgezeichnet durch die großen Erfolge auf den weiten Gebieten seines amtlichen Wirkens — vor allem des Eisenbahnwesens. Minister von Thielens betraf für die Verwirklichung der Aufgaben seines weiten, vielfältigen Reichs — besonders glückliche Eigenheiten. Er war ausgegattet mit großen Gaben des Geistes und des Herzens und vereinigte in sich hervorragende Sachkenntnis sowie hohe praktische Gewandtheit mit herzoglicher Lebensfähigkeit, die jeder Tätigkeit die nötige Entfaltung in seinem inneren Wesen rathsch für die Verwirklichung der großen Werke der ihm unterstellten Beamten, deren Liebe und Verehrung er in hohem Maße genoß. Das Andenken an den verstorbenen Staatsminister von Thielens wird unvergessen bleiben und in der Geschichte seines Vaterlandes wird sein Name mit Achtung genannt werden.“

* In der Sitzung des Bundesrats am 11. c. wurde ein Aufschubantrag zu den Entwürfen des Warenverkehrszeichnisses

und anderer Ausführungsbestimmungen zum Zolltarif angenommen.

* In der Budgetkommission des Reichstags erklärte Staatssekretär Kräfte auf eine Anfrage des Abg. Müller-Fulda, die Rentabilität des Zeitungsgeschäfts sei schwer zu berechnen, da die allgemeinen Kosten doch gemeinsame mit anderen Vertriebszweigen seien. Abg. Rasche sagte, der Zeitungsvorkehr vertiere sich nicht, weil lasse sich aber dagegen nicht sagen, da die ganze Presse darüber herfallen werde. Abg. Erzeberger führte aus, die großen Zeitungen hätten durch den jetzigen Tarif Ersparnisse gemacht, die kleinen dagegen gelitten. Müller-Fulda glaubt, die Zeitungen lösteten dem Reich 34 Millionen und machten nur 8 Millionen ein. Staatssekretär Kräfte erklärt diese Schätzung für irrig. Die Basis des Verkehrs sei jetzt richtiger und gerechter als früher. In den Einnahmen aus dem Zeitungstransport habe eine feste Steigerung stattgefunden. Die Abg. Singer und Eichhoff waren vor einer Aenderung des Zeitungstarifs.

* Deutschland und die Niederlande. Die erste niederländische Kammer hat den Vertrag mit Deutschland betreffend des Niederlassungsrechts von Deutschen und Niederländern in Holland beziehungsweise Deutschen und betreffend die Ausweisung mittellose Ausländer angenommen.

* Im Herrenhaus haben auf der Tagesordnung für die nächste Sitzung am 23. d. die Beratungen über den Entwurf eines Gesetzes betr. Anlegung von Sparcassen bestanden in 3 Anhaberpapieren und die Gesetz-Entwürfe betr. die Aenderung des Amtsgerichtsbezirke Brandenburg und Oberswalde, sowie Labjahn, Schubin und Jahn.

* Eröffnung des braunschweigischen Landtags. Am Donnerstag wurde in Braunschweig der 28. ordentliche braunschweigische Landtag im Auftrage des Regenten durch Staatsminister Dr. von Otto eröffnet. In der Eröffnungssprache führte dieser aus, daß seit dem vorigen Landtage die unglückliche Gestaltung des Staatshaushaltes sich wesentlich vermindert habe. Die Ausgaben seien geliegen und die Einnahmen hätten sich vermindert. Es werde deshalb eine Erhöhung der Staatseinkommen und Ergränzungssteuer, sowie eine Erhöhung der Stempelsteuer vorgeschlagen.

* Die Staatsrenten haben nach einer dem Abgeordnetenhaus foden zugehörigen Nachprüfung im Jahre 1904 eine Verminderung um 21 Mill. M. erfahren. Die Gesamtsumme des staatlichen Fortals in den Jahren 1887 bis Ende März 1905 belief sich auf 262 729,712 M.

Deutscher Reichstag.

17. Sitzung vom 11. Januar 1906, 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Herr v. Stengel.

Die erste Beratung der zur Reichsfinanzreform gehörigen Steuerentwürfe wird fortgesetzt.

Reichsfinanzminister Herr v. Stengel: Die Erörterung über die Reichsfinanzreform besommt nach der Natur der Sache erst dann ihren vollen Wert, wenn man sich über die Höhe des Gesamtdeckungsbedarfs verständigt hat. Eine solche Verständigung ist aber nur in der Kommission möglich. Ich werde mich deshalb auf einige Vorschläge beschränken und die weiteren Vorschläge mir in dem Bericht vorbehalten. Ich habe am 6. Dezember gesagt haben: lassen Sie sich nicht ein Stein heraus, denn das ganze Geschäft zusammenfallen. Mit so wenig Vorwissen habe ich nicht gesprochen. Ich habe vielmehr gesagt: wenn Sie einen Stein aus dem Pan herausnehmen, dann rutschen Sie, daß das ganze Geschäft zusammenfällt. (Lachen links.) Wenn aber beide hier im Reichstag kommen und die weiteren Vorschläge, die einen Stein durch einen anderen ersetzen, so ist dagegen nichts einzuwenden. Zur Erörterung werde ich mich auf die Bemerkung beschränken, daß, wenn Sie ihr von vornherein eine bestimmte Quote festsetzen wollen, dagegen dem Seiten der verbundenen Regierungen Widerspruch nicht erhoben werden wird. Wenn Abg. Singer dem Bundesrat die großen Ausgaben für Meer, Flotte und Kolonien zum Vorwurfe macht, dann vertritt er, daß im Deutschen Reich kein Vermög ohne Zustimmung des Reichstages ausgegeben werden kann. Wenn die Mehrheit des Reichstages bestimmte Summen zur Erhaltung des Friedens als notwendig erkannt und bewilligt hat, so sind Vorwürfe über diese Ausgaben nicht einseitig an die Adresse des Bundesrats zu richten. Der eigentliche Schwerpunkt für die unglückliche finanzielle Lage des Reichs ist aber nicht im Reichstag, sondern in den Einnahmen vorhanden sind, die seit Jahrzehnten ihre Hauptaufgabe darin erfüllen, jede ernstliche Verfüge zur Kräftigung der Reichsfinanzen im Reime zu erschiden. Lieber die Befestigung der logenannten Liebesgaben habe ich mich schon am 6. Dezember ausgesprochen. Ich habe darauf hingewiesen, daß erst vor wenigen Jahren nach langwierigen Verhandlungen ein Kompromiß zustande kam, dessen Zweck das Wohl sein, aber eben, daß ein Vermögengewinne auf eine lange Reihe von Jahren bis 1912 — eine ruhige Entwicklung zu können und während dieser ruhigen Entwicklung eine weitere Reform vorzubereiten. Der vorzeitige Rücktritt vom Kompromiß würde den Glauben an die Stetigkeit unserer Gesetzgebung erschüttern. Was die Gegner des jetzigen Gesetzes wollen, ist auf alle andere als eine Reform. Wenn bereits auch nicht, daß die Steuerbefreiung beim Bier 2 bis 3 Prozent, beim Branntwein aber das Bestmögliche beträgt. Die von der letzten erstirbte Reform des Branntweinvertrages wurde einer weiteren Befreiung des Branntweins zur Folge haben. Was die Brauereiverträge, so mache ich kein Bild daraus, daß ich vom Tage meines Amtsantritts an in der jetzigen Brauereiverträge einen Widerspruch erblickt habe. Wenn der Vertrag der Brauereiverträge pro Hektar aus nur um einen Pfennig sinkt, so bedeutet das für das Reich einen Anfall von einer halben Million. Mein Verstreuen war, die Brauereiverträge wieder auf eine Mark zu erhöhen.

Von einer unerträglichen Belastung des Bieres kann ebenso wenig die Rede sein, wie vom Niedrigpreis der Brauindustrie. Auch wenn man sagt, durch die gewöhnliche Erhöhung der Steuer würden viele Arbeiter brotlos, so sehe ich dieser Vorbeziehung außerordentlich skeptisch gegenüber. Bei der letzten Reform der Schaumweinsteuer wurde ja der Untergang der ganzen Schaumweinindustrie auch prognostiziert. (Geheiter rechts.) Die gesamte Bierproduktion der Erde beträgt 26 1/2 Milliarden Hektoliter, von denen ich annehme, daß sie ihren Beruf nicht verfehlt haben. (Geheiter.) Der gesamte Verbrauch der Schaumweinsteuer im Wochen, aber auch im Jahre fällt im Durchschnitt 31/2 Mark Steuer, bei uns aber nur 30 Pfennig. Noch ein Wort über das Kapitel Arbeiterlöhne. Hier ist in der Presse mit hohen Uebertreibungen gearbeitet worden. Nach der Gewerbeschätzung von 1875 waren in der Tabakindustrie 110 891 Arbeiter beschäftigt, im Jahre 1882 113 146, im Jahre 1895 130 028. Die Zigarettenproduktion ist in Süddeutschland nachgehört gewesen als im Norden, aber auch im Norden und in Mitteldeutschland ist die Zahl der Arbeiter eine beträchtliche Zunahme. Die Löhne der Tabakarbeiter sind erheblich gestiegen. Was nun die Lage der Konjunktur betrifft, so ist der Tabak fast nirgends mit so geringen Abgaben belastet wie bei uns. So lange der Reichstag nicht in der Lage ist, ein anderes geeigneteres Steuerobjekt vorzuschlagen, werden die beunruhigten Regierungen ihrerseits an der hochachtung ihrer Arbeiter nicht nachgeben und die Erhebungen sich selbst annehmen. Von der Parteiopposition würden die großen Verhandlungsstände am meisten betroffen werden. Meinen Sie wirklich, daß die geringen Stempel nicht tragen könnten? Besondere Wünsche, die zu den Vertheilung der in der Kommission ausgeprochen werden, wird die Regierung, soweit es möglich ist, gerne berücksichtigen. Wir werden die Beratungen in der Kommission und ihre Beschlüsse abwarten; wir geben die Hoffnung nicht auf, daß eine Einigung zwischen den gesetzgebenden Körperschaften erreicht wird. (Beifall.)

Abg. Kautz (nl.): Einzelne der vorgeschlagenen Steuern erweisen in mir Bedenken. Werden wir in dieser Sitzung nicht mit der Beschließung fertig, so würden wir allerdings im Sommer eine Revision anzuordnen Art ersehen. Der 8. d. der Reichsfinanzreform werden wir annehmen, wenn es sich nicht anders handelt, sich hier nur um Belastungen für Meer und Marine. Nun werden aber nach den jetzigen Vorschlägen 70 Prozent, von dem Meeresverbrauch angebracht werden, nur 30 Prozent, von dem erwerbenden Wohlstand. Bei der Reichsfinanzreform stelle ich die Ausgabe der Erhaltung der Einzelstaaten weit voran. Von der Eisenbahnbahntarife verlangt die Regierung 12 Millionen. Ich beschneide diesen Betrag nach dem, was ich für notwendig halte. Die Minderung (nach der Entfremdung) würde ein mehrfaches der 12 Millionen betragen. Würde es sich aber nicht empfehlen, wenn das Reich direkt vom Eisenbahnbetrieb eine Abgabe erhöhe? Von allen Eisenbahnverwaltungen, auch den Staatseisenbahnen natürlich. Es könnte eine Abgabe von Reichenommen genommen werden. Der Widerspruch gegen die Vereinbathaltung des Verkehrs in Deutschland und die Eisenbahnen ist ein Widerspruch gegen die Eisenbahnen; der Folge, es haben alle die Bahnen sich nicht zu beschweren, welche der Betriebsgemeinschaften fernbleiben. Eine depressive Mindererhebung, 10 Prozent, vom Reingewinn, wäre entschieden der Wohlthät der Staat, z. Stempel vorzuschlagen. Wir hoffen, daß eine Einigung sich wird erzielen lassen.

Vorsitzender Finanzminister Herr v. Meineladen: Den vom Vorredner vorgeschlagenen Weg der Erhebung von Erwerbsteuerabgaben im Reich halte ich für unzulässig. Für die Erhebung von Erwerbsteuer abzugeben, daß hier der ganze Bundesrat einmütig hinter mich steht. Im dem Reichstage entgegenzusetzen, sind wir bereit, die Erwerbsteuer zum wesentlichen Teil abzutreten. Nun aber sollen wir auch noch einen Teil der Eisenbahneinnahmen abgeben. Damit würden wir die Art an die Würde der ganzen Finanzabgabe der Einzelstaaten legen und das Opfer können Sie von den Bundesstaaten nicht verlangen. Des Weiteren unangenehm und in der Zukunft nach in solchen Maße, daß man sich nicht fragen muß, wie viele Ausgaben darauf gebracht werden sollen. Auf den Eisenbahneinnahmen basiert für die Bundesstaaten die Möglichkeit, ihre Kultur- und Wirtschaftsaufgaben zu erfüllen. Die Mehrzahl der deutschen Staaten ist deshalb garnicht in der Lage, von den Eisenbahneinnahmen etwas abzuziehen. Nun würden ich die Abgabe der Erwerbsteuer abgeben, so würden die Bundesstaaten in der Zukunft die Möglichkeit haben, sich zu erholen. Ich meine, diese Erwerbsteuerbefreiung liegt lediglich im Interesse der großen öffentlichen Interessen. Von dieser Behauptung wird von einem Teile der Presse aus rein politischen Erwägungen Gebrauch gemacht. (Zurufung rechts.) Die Vinte fordert häufig zur Unterfertigung der kleinen und mittleren Betriebe auf. Gerade das Gegenteil aber wird erreicht, wenn wir das Brennweinvertragesgesetz nicht in der Weise abändern, wie ich es vorgeschlagen habe, sondern in den letzten Jahren mit erhöhten Kosten so überhäuft werden wie das Brennweinvertragesgesetz. (Geheiter rechts.) Gleichwohl würde ich für die Befreiung oder allmähliche Milderung der Liebesgaben bereit, schon um einer politischen Grundverpflichtung entgegenzutreten. (Beifall.) Diese Maßnahme wäre aber eben deshalb so bedenklich, weil sie im Süden und Westen viel kleinere Gains und Schatzvermögen geschaffen wird, auf 51 erwerbende Männer ein Subsidium gegenüber, muß ich dabei bleiben, daß die Befreiung der Brauereiverträge schon eine ganz geringe Ermäßigung des Ausgans der Privatfinanzen ist, die ganzen Kosten tragen könnte. Der Nutzen der Privatfinanzen ist in Norddeutschland unendlich größer als in Süddeutschland. Sind denn die vielen Staatsstellen in Norddeutschland notwendig? Im Jahre 1904 hatten wir 188 273 Gains und Schatzvermögen geschaffen, wobei auf 51 erwerbende Männer eine Staatsverpflichtung kam. (Geheiter.) Würde die Staatsverpflichtung nur auf 60 oder 90 erwerbende Männer kommen, dann würde das Reich noch immer nicht zugrunde gehen. (Geheiter Zustimmung.) In einem Artikel der sozialdemokratischen „Münchener Post“ wurde gelegentlich der Etat eines Münchener Arbeiters veröffentlicht. Dabei ergab sich, daß in diesem Etat für vier reichliche Summen ausgemerzt waren. In diesem Etat fanden aber auch als Beiträge für die sozialdemokratische Partei 80 Mark. Sappient sat! (Beifalliger Beifall.)

